



Fußballeinsätze der Polizei nehmen zu

– GdP kritisiert Personalabbau und Überstundenhäufung bei der Polizei –

Kiel/tgr – Die schleswig-holsteinische Landespolizei muss immer häufiger bei Fußballspielen in den Einsatz. Diese Erkenntnis brachte die Antwort des Innenministeriums auf eine Kleine Anfrage des SPD-Landtagsabgeordneten Jürgen Weber zutage. Und der Grund für die steigenden Anforderungen ist längst kein Geheimnis mehr. Die zunehmende Gewaltbereitschaft von so genannten Fans bringt die Polizeibeamten auf den Plan. Vor allem die Rivalität zwischen Holstein Kiel und dem VfB Lübeck macht den Sicherheitsbeamten in Schleswig-Holstein zu schaffen.

Ein trauriger Rekord: In den vergangenen Monaten ist die Zahl der Polizeieinsätze so hoch wie noch nie gewesen. So verbuchte die Landespolizei alleine in der Zeit vom 1. Juli 2013 bis zum 14. April 2014 rund 23 500 Einsatzstunden aufgrund von Fußballspielen. Nach Angaben eines Sprechers des Landespolizeiamtes seien die Beamten in der laufenden Fußballsaison landesweit 83-mal bei polizeilichen Großeinsätzen unterwegs gewesen, bei denen 84 Strafanzeigen gestellt oder Ermittlungsverfahren eingeleitet worden seien.

Bemerkenswert: Obwohl die beiden größten Fußballvereine Holstein Kiel und Lübeck in unterschiedlichen Ligen um Tore und Punkte kämpfen, lägen in diesen beiden Städten nach wie vor die Einsatzschwerpunkte der Polizei. Die Erklärung: Nach den Erfahrungen der Polizei würden gewaltbereite Fans jedoch zunehmend auf Begegnungen kleinerer Vereine in der Nachbarschaft ausweichen.

Kaum zu glauben: Die Partie des TSV Altenholz gegen den VfB Lübeck in der Schleswig-Holstein-Liga im März machte den Einsatz von zwei Hundertschaften der Polizei erforderlich. „Im Kieler und Lübecker Raum müssen wir fast an jedem Wochenende erhebliche Kontingente bereitstellen“, sagte der LPA-Sprecher gegenüber den Kieler Nachrichten. Die

Anzahl der so genannten „Sicherheitsspiele“ würde spürbar zunehmen.

Doch auch in anderen Landesteilen sei die Polizei in den unteren Ligen zunehmend gefordert. So hat sich im Bereich der Polizeidirektion Neumünster die Zahl der Einsatzstunden gegenüber 2011/12 sogar verdoppelt. „Die Belastungsgrenze für unsere Kolleginnen und Kollegen ist seit Langem überschritten“, zeigte sich der GdP-Landesvorsitzende Manfred Börner besorgt. Da die 1. Einsatzhundertschaft in Eutin sogar über die Landesgrenzen hinaus gebunden sei, könne sie für derartige Fußballspiele kaum noch berücksichtigt werden.

Konsequenz: Die Beamten der Dienststellen vor Ort müssten herhalten und die Einsätze abarbeiten. Manfred Börner weiter: „Folglich fehlen diese Kolleginnen und Kollegen dann wieder auf den Dienststellen, wo sie dringend benötigt werden. Letztlich sind dann die Bürger die Leidtragenden und zahlen die Zechen“, so der GdP-Landeschef. Das Image als Bürgerpolizei nehme damit weiteren Schaden. Die Planung der Landesregierung, 282 Planstellen in der Landespolizei zu streichen, sei auch vor diesem Hintergrund schlicht falsch, verschärfe die ohnehin prekäre Situation und müsse folglich zurückgenommen werden.

Kein Einsehen fand Börner mit seiner Forderung bei Innenminister Andreas Breitner (SPD), oberster Dienstherr der Polizei: „Der von dieser Landesregierung beschlossene Stellenabbaupfad ist ein Weg ohne Um-



Die Anzahl der Einsätze bei Fußballspielen steigt auch in Schleswig-Holstein. Foto: tg

kehr“, so die schlichte Antwort des Ministers. Und auch die gewaltige Überstundensituation bei den Ordnungshütern verharmloste Andreas Breitner auf Anfrage der Lübecker Nachrichten. Diese hat in einem Artikel darauf hingewiesen, dass die schleswig-holsteinische Landespolizei einen Berg von 308 000 Überstunden vor sich hinschiebe.

„Würden die 7890 Vollzugsbeamten die Überstunden auf einen Schlag absummeln, wäre die komplette Landespolizei eine ganze Woche außer Dienst, konstatierten die LN. Das sei alles noch gut händelbar, so die lapidare Antwort aus dem Innenministerium. Zudem sei die Überstundensituation in Hamburg noch düsterer. Die Gewerkschaft der Polizei indes macht sich Sorgen um die Belastungen für die betroffenen Polizeibeamtinnen und -beamten. „Vor allem die Kollegen der Einsatzhundertschaft, im Funkstreifendienst sowie die Personen- und Objektschützer sind von der Mehrarbeit betroffen und tragen damit die Last“, so GdP-Geschäftsführer Karl-Hermann Rehr. Die Situation sei deshalb so verfahren, weil ein Freizeitausgleich für die Überstunden nicht mehr möglich sei. „Das würde

Fortsetzung auf Seite 2



EINSATZBELASTUNG DER POLIZEI

Fortsetzung von Seite 1

nämlich sofort neue personelle Löcher reißen“, machte Rehr klar. Und das sei insbesondere bei bevorstehenden Großveranstaltungen wie der Kieler und Travemünder Woche und den „Public Viewings“ zur Fußballweltmeisterschaft ohnehin undenkbar. Hier würden sich die Überstunden sogar noch weiter aufbauen. Wie das Innenministerium gegenüber den LN ankündigte, würde das Land wie in der Vergangenheit auch in diesem Jahr wieder 500 000 Euro zur Auszahlung an die am meisten betroffenen Beamten bringen, um damit rund 30 000 Überstunden abzukaufen.

Auf die Ergebnisse des Länderfinanz-Benchmarkings 2013 wies Karl-Hermann Rehr hin. „Schleswig-Holstein gibt pro Einwohner nur 127,

Hamburg dagegen 261 Euro im Jahr für seine Beamten aus“, rief der GdP-Geschäftsführer in Erinnerung. Nur Baden-Württemberg liege mit 125 Euro unter den Ausgaben Schleswig-Holsteins. Das sage eine Menge über

den Stellenwert der Landespolizei und sei wenig schmeichelhaft für die rot-grün-blaue Landesregierung, so Rehr abschließend.

Thomas Gründemann

AUS DEN REGIONALGRUPPEN

**Thorsten Schwarzstock
wiedergewählt**

Regionalgruppe Justizvollzug: Vorstand neu gewählt



Der neu gewählte Vorstand der Regional-gruppe Justizvollzug: Kay Jabs, Pierre Pöhls, Michael Krützfeld, Olaf Müller, Thorsten Schwarzstock, Jens-Peter Stürck (v. l.).

Neumünster/tgr – Thorsten Schwarzstock wurde erneut als Vorsitzender der GdP-Regionalgruppe Justizvollzug in seinem Amt bestätigt.

50 Kolleginnen und Kollegen aus den Justizvollzugsanstalten waren der Einladung zur landesweiten Vollversammlung in das Hotel Kühl nach Neumünster gefolgt. Sie sprachen nicht nur

dem 53-jährigen Schwarzstock, der als Justizvollzugsbeamter im allgemeinen Vollzugsdienst der JVA Kiel tätig ist, sondern auch dem Stellvertretenden Vorsitzenden Olaf Müller (JVA Lübeck), dem Kassierer Jens-Peter Stürck (JVA Neumünster) und dem Schriftführer Michael Krützfeld (JVA Neumünster) jeweils einstimmig das Vertrauen aus, ebenso dem neuen Stellvertretenden Kassierer Kay Jabs (JVA Lübeck) und Pierre Pöhls (JVA Lübeck) als Beisitzer.

Als Ehrengäste wohnten der landesweiten Zusammenkunft der Justizvollzugsbeschäftigten der Staatssekretär im Ministerium für Justiz, Kultur und Europa, **Dr. Eberhard Schmidt-Elsaesser**, der Stellvertretende GdP-Landesvorsitzende **Torsten Jäger** sowie der Stellvertretende Vorsitzende der GdP-Bezirksgruppe Zoll, **MdL Wolfgang Dudda**, bei.

Im Anschluss an die Vorstandswahlen ging **Staatssekretär Schmidt-El-**



Zu den ersten Gratulanten beim wiedergewählten Vorsitzenden Thorsten Schwarzstock gehörte Torsten Jäger.

Fortsetzung auf Seite 6

REDAKTIONSSCHLUSS

Redaktionsschluss der
Ausgabe 7/2014:
Freitag, 6. Juni 2014



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: **Landesbezirk Schleswig-Holstein**

Geschäftsstelle:
Max-Giese-Straße 22, 24116 Kiel
Telefon (04 31) 1 70 91
Telefax (04 31) 1 70 92

Redaktion:
Verantwortlicher Redakteur:
Thomas Gründemann
Geschäftsführender Landesvorstand
Max-Giese-Straße 22, 24116 Kiel
Telefon (04 31) 1 70 91
E-Mail: gdp.schleswig-holstein@gdp-online.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 36
vom 1. Januar 2014
Adressverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge
stellen nicht in jedem Fall die Meinung
der Redaktion dar.

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6497



KOMMENTAR

Noch keine zählbaren Erfolge für die Polizei

Kommentar von Thomas Gründemann zur Zwischenbilanz von Innenminister Andreas Breitner

Kiel – Seit zwei Jahren ist Andreas Breitner nun schleswig-holsteinischer Innenminister. Wie sieht die Bilanz des 47-Jährigen aus Sicht der Landespolizei aus? Ist Andreas Breitner den großen Erwartungen gerecht geworden, die viele seiner ehemaligen Berufskolleginnen und -kollegen in ihn gesetzt hatten. Konnte er diesen Erwartungen überhaupt gerecht werden?

Von Beginn seiner Amtszeit an erwies sich nicht nur die Tatsache, dass Breitner mit Klaus Schlie einen bei vielen Polizeibeamtinnen und -beamten im Lande beliebten Amtsvorgänger hatte, als Hypothek für den ehemaligen Hauptkommissar. Während Klaus Schlie das Glück hatte, in einer schwarz-gelben Landesregierung Minister zu sein, die ein unverkrampftes Verhältnis zur Landespolizei hatte und so nur wenige Konflikte entstanden, dürfte die derzeitige Regierungszusammensetzung das größte Problem des Sozialdemokraten Andreas Breitner sein.

So befindet sich Andreas Breitner als „Polizeiminister“ in einer für die Polizei eher „unglücklichen“ Regierungskonstellation mit einer Einstimmenmehrheit im Landtag. Und das nicht nur, weil es bei vielen Sozialdemokraten eine spürbare Distanz zur Polizei als Bestandteil der Exekutive gibt. Besonders schwer wiegt vielmehr, dass mit den Grünen als größter Juniorpartner eine Partei im Regierungsboot sitzt, von denen ein Großteil der Mitglieder offenbar nicht von ihrem traditionellen Bild von der „auf harmlose Demonstranten einprügelnden Polizei“ abrücken will und den „Freunden und Helfern“ von jeher mit Misstrauen und Vorurteilen begegnen.

Und der SSW mit Anke Spoorendonk an der Spitze suchte zu Oppositionszeiten die Nähe zur Polizei und zur GdP. Aber eben nur zu Oppositionszeiten.

Schon im Koalitionsvertrag spiegelte sich das Misstrauen der Grünen zur Polizei wider und kam gleich zu Beginn der Amtszeit von Innenminister Breitner zum Tragen. So ist der „Erlas über die namentliche Kennzeichnung und Erkennbarkeit von Polizeivollzugsbeamtinnen und Polizeivollzugsbeamten“ ein Eingeständnis an die Partei von Robert Habeck und Co. Aber auch in der Folge gelang es dem neuen Innenminister nicht, „Erfolge“ für die Polizei zu

verbuchen. Für viele Polizistinnen und Polizisten gab Andreas Breitner zu schnell nach, als es hieß, auch die ohnehin mit zu wenig Personal ausgestattete Landespolizei in den Stellenabbaupfad mit einzubeziehen. Für einen Innenminister mit der Verantwortung für rund 8000 Polizeibeschäftigte sicherlich sehr ungewöhnlich, verteidigt Breitner sogar den aktuellen Plan der Landesregierung, 282 Planstellen bei der Landespolizei abzubauen. Seither belasten die Fragen, wer und vor allem in welchem Umfang letztlich für den Stellenabbau herhalten soll, die Atmosphäre in der Landespolizei. Hier soll nach einem zermürbenden und schmerzlichen Diskussionsprozess im Sommer die Führung der Landespolizei dem Innenminister Details liefern. Die Entscheidung wird letztlich aber der Innenminister zu verantworten haben. Auf Enttäuschung und Unverständnis stößt aber in der Polizei vor allem, dass der Innenminister im Zusammenhang mit dem schmerzhaften Stellenabbau in der Öffentlichkeit sogar noch den Eindruck vermittelt, als würde sich sowohl für die Bürgerinnen und Bürger als auch die Beschäftigten bei der Landespolizei nichts verändern.

Respekt bei den Polizistinnen und Polizisten erwarb sich Andreas Breitner dagegen mit seiner standhaften Haltung bei der „Mindestdatenspeicherung“, für die er nicht nur Schelte von Oppositionsparteien, sondern auch aus dem eigenen rot-grünen Regierungslager erfuhr. Die Bemühungen des grünen Koalitionspartners, dem Innenminister in diesem Punkt am liebsten ein Denkverbot aufzuerlegen, verfehlten jedenfalls ihr Ziel.

Die Zustimmung der Ordnungshüter fand der Innenminister genauso für seine unmissverständliche Position bei der Verurteilung von Gewalt gegen Polizeibeamte. So ist es auch eine gute Geste und ein sichtbares Zeichen der Solidarität mit der Polizei und vor allem betroffenen Kolleginnen und Kollegen, dass es für Andreas Breitner selbstverständlich war, die Tradition seines Amtsvorgängers fortzusetzen und im Dienst verletzte oder erkrankte Polizeibeamte oder deren Familienangehörige persönlich zu kontaktieren. Am guten Willen mangelt es dem Innenminister offenbar



Innenminister Andreas Breitner mit der Grünen Finanzministerin Monika Heinold.

Foto: Thomas Gründemann

nicht. Um jedoch den Eindruck zu begegnen, dass es sich bei Aussagen des obersten Dienstherrn der Polizei lediglich um „kostenneutrale Lippenbekenntnisse“ handelt, muss Andreas Breitner nun auch „zählbare Erfolge“ für die ihm anvertrauten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vorweisen.

So gab es bislang nur Ankündigungen und Bemühungen, wenn es um konkrete soziale Verbesserungen für die Polizei ging. Nach wie vor warten die besonders belasteten Polizeibeamtinnen und -beamten auf die Realisierung der öffentlich versprochenen Verbesserungen beim Zusatzurlaub für geleistete Nachtdienststunden. Und auch die in Aussicht gestellten Anhebungen der Sätze beim Dienst zu ungünstigen Zeiten lassen noch auf sich warten. Zweifler melden sich deshalb allenthalben zu Wort. Anzuerkennen ist jedoch, dass diese beiden Vorhaben zugunsten der besonders belasteten Polizeibeamtinnen und -beamten vom amtierenden Innenminister endlich angeschoben worden sind. Sie werden für Andreas Breitner zur Nagelprobe. Dabei benötigt der Minister allerdings die Unterstützung des Kabinetts. Eine gute Gelegenheit auch für die rot-grün-blaue Landesregierung um Ministerpräsident Albig, der Landespolizei und vor allem denjenigen ein wenig von der Wertschätzung zuteil werden zu lassen, die die Kolleginnen und Kollegen im Einsatzdienst schon lange mehr als verdient haben.



Grundlagen von Demokratie und Gewerkschaft

Zu einem Seminar trafen sich junge Mitglieder der GdP Schleswig-Holstein in Soltau. Ziel war es, Grundlagen von Demokratie und Gewerkschaft zu vermitteln. Engagiert arbeiteten die Teilnehmer des Seminars mit und legten verbindlich Arbeitsschwerpunkte, Projekte und Verantwortlichkeiten fest. Als Nebenthemen wurden Gewalt gegen Polizei, Reaktionen auf Strafanzeigen wegen Dienstpflichtverletzung im Amt, aber auch der Umgang mit Besoldungsrückforderungen des Finanzverwaltungsamtes bearbeitet. Gewerkschaft und Personalrat gehören zusammen. Deshalb wurde auch ein Ausblick auf die 2015 anstehenden Personalratswahlen gemacht.



rr Der Vorstand der Jungen Gruppe bei der Arbeit.

AUS DER RECHTSPRECHUNG

Aktuelles Urteil für begrenzt dienstfähige Beamte

„Begrenzt dienstfähige Beamte müssen besser besoldet werden als im gleichen Umfang teilzeitbeschäftigte Beamte“

Beamte, die aus gesundheitlichen Gründen nur noch zeitanteilig Dienst leisten können (begrenzte Dienstfähigkeit), müssen besser besoldet werden als teilzeitbeschäftigte Beamte. Das hat das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig heute entschieden.

Vollzeitbesoldung gewährt, wie sie etwa das Thüringer Besoldungsrecht vorsieht.

BVerwG 2 C 50.11 vom 27. März 2014

Vorinstanzen:

VGH Mannheim, 4 S 1003/09 – Urteil vom 16. Mai 2011 –

VG Stuttgart, 3 K 1366/08 – Urteil vom 1. April 2009 –

Liebe Kolleginnen und Kollegen, geklagt hatte eine verbeamtete Lehrerin aus Baden-Württemberg, die begrenzt dienstfähig mit 60% der regelmäßigen Arbeitszeit ist. Sie erhält wie ein entsprechend teilzeitbeschäftigter Beamter 60% der vollen Besoldung.

Das Gericht entschied: Anders als beim freiwillig teilzeitbeschäftigten Beamten, der selbst darüber entscheidet, inwieweit er für die Sicherung

eines angemessenen Unterhalts Abstriche von der vollen Besoldung hinnehmen kann und der wieder zur Vollzeit und damit zur vollen Besoldung zurückkehren kann, gebietet das Alimentationsprinzip beim begrenzt dienstfähigen Beamten grundsätzlich eine Orientierung an der Alimentation für Vollzeitbeschäftigte. Deshalb ist eine Aufzehrungsregelung wie im vorliegenden Fall, die im Ergebnis zu einer gleichen Besoldung des begrenzt dienstfähigen Beamten und des teilzeitbeschäftigten Beamten führt, unzulässig (die „Aufzehrungsregelung schließt die Zahlung eines grundsätzlich bei begrenzter Dienstfähigkeit vorgesehenen Zuschlag aus).

Aus: Digit@l – Ausgabe 10-2014

FÜR EUCH GELESEN

Strategien für Schichtarbeiter

Das Arbeiten im Schichtsystem hat viele negative Auswirkungen, unter anderem auf den Schlaf-Wach-Rhythmus und die Schlafqualität. Dies belastet nicht nur die Betroffenen persönlich, sondern wirkt sich auch auf die Arbeitssicherheit und die Produktivität aus. Australische Autoren stellen in einer Übersichtsarbeit ein um 60 Prozent erhöhtes Unfallrisiko und Folgekosten in Milliardenhöhe fest. Als mögliche Gegenmaßnahmen empfehlen sie eine individuelle Analyse der Arbeitssituation, eine angepasste Rotation des Schichtablaufs (von Tagesüber Nachmittags- zu Nachtschicht), ausreichende Erholungszeiten (etwa „Napping“-Phasen während der Arbeit), eine Anpassung des Ernährungs- und Aktivitätsverhaltens, aber auch den Einsatz von Licht zur Beeinflussung der Melatoninproduktion.

MJA 2013; 199: S11-S15

Aus: GGW 2014 – Jg. 14 – Heft 2 (April)

Flüge weltweit

www.psw-tours.de

Günstige Linienflüge

04 51-5 02 17 36



EHRUNGEN

Langjährige GdP-Treue wurde gewürdigt

Die treuen Mitglieder der Gewerkschaft der Polizei stehen bei den Jahreshauptversammlungen der Regionalgruppen bei den Ehrungen regelmäßig im Mittelpunkt. Mitglieder, die 25, 40 und sogar 50 und 60 Jahre mit der GdP verbunden sind, wurden so auch bei der Jahreshauptversammlung der Regionalgruppe Lauenburg-Stormarn gewürdigt, als der Landesvorsitzende Manfred Börner gemeinsam mit dem neuen Regionalgruppenchef Eggert Werk sie mit Urkunden und einem Dankeschreiben bedachte (s. Fotos rechts).



60 Jahre GdP-Treue: Alfred Müller und Günter Menck (mitte) wurden vom Landesvorsitzenden Manfred Börner (l.) und dem neu gewählten Regionalgruppenvorsitzenden Eggert Werk (r.) ausgezeichnet.

GLÜCKWÜNSCHE

Wir gratulieren

zur Vermählung

Stefanie Siegner und Ehemann Martin geb. Dirksen, RG Kiel-Plön; Julia Vittalowisch und Ehemann Benjamin Wulf, RG Lauenburg-Stormarn

Wir bitten alle Kolleginnen und Kollegen um Verständnis, dass wir nur diejenigen namentlich erwähnen konnten, die uns vor Redaktionsschluss von ihrer Regionalgruppe genannt wurden.



Seit 50 Jahren Mitglieder der GdP sind Horst Selke und Karl Voß (mitte).

REGIONALGRUPPENTERMIN

Einladung!

Schleswig-Holstein Mitte – Seniorengruppe Neumünster –

„Vierteljahrestreffen mit Kaffee und Kuchen“ der Seniorinnen und Senioren am Mittwoch, 11. Juni 2014, 14.30 Uhr, Restaurant & Café Friesenstube (im Haus Hog'n Dor), Klaus-Groth-Straße 37, Neumünster. Anmeldungen bitte unbedingt bis 9. Juni 2014 bei Lisa Grützmann, Tel.: 0 43 21-2 25 16.



Stephan Bierkandt gehört seit vier Jahrzehnten der GdP an.



Joachim Albrecht und Björn Fischer erhielten Urkunden und Präsenten für 25 Jahre GdP-Treue. Fotos (4): Thomas Gründemann



Ernennungsurkunden vom Staatssekretär

Justizobersekretärinnen und Justizobersekretäre wurden ernannt

NEUMÜNSTER. Nach einer zweijährigen Ausbildung erhielten 15 Justizvollzugsanwärterinnen und -anwärter ihre Ernennungsurkunden. Staatssekretär Dr. Eberhard Schmidt-Elsaëber überreichte die Urkunden in der Justizvollzugsschule Neumünster.

Dabei erklärte der Staatssekretär: „Der Justizvollzugsdienst unseres Landes benötigt Sie als qualifizierte und motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Unser moderner Strafvollzug verfolgt im Umgang mit den Gefangenen anspruchsvolle Ziele: Nämlich die Balance zwischen dem Resozialisierungsgedanken mit dem Ziel einer erfolgreichen Wiedereingliederung in unsere Gesellschaft einerseits und dem Vollzug der Freiheitsstrafe als Sicherungsaufgabe andererseits. Ihre künftige Aufgabe ist daher gesellschaftlich wertvoll und verantwortungsvoll. Sie haben dafür eine anspruchsvolle und vielseitige Ausbildung erfolgreich absolviert.“



Sie schlossen ihre zweijährige Ausbildung als Justizvollzugsbeamte erfolgreich ab.

In seiner Rede betonte Dr. Schmidt-Elsaëber weiter, dass es sich um „einen selten guten Lehrgang“ handelte. Auch Michael Kosmahl, externer Dozent des psychiatrischen Krankenhauses Rickling, sprach gar von „einem wohlthuenden Geist in der Justizvollzugsschule“.

Schulleiter Dr. Reinhard Spieß dankte den Lehrkräften der Justizvollzugsschule in Neumünster und allen Ausbilderinnen und Ausbildern in der Praxis für das große Engagement und die fundierte und anspruchsvolle Ausbildung.

Nach einem erfrischenden Resümee des Lehrgangssprechers Lukas Hollfoth aus der JVA Lübeck wurden die GdP-Mitglieder Britta Meier und Alicia Gerschkat (beide JVA Lü-

beck) als Lehrgangsbeste mit einem Präsentkorb ausgezeichnet.

Ein „Problem“ dürfte auf die neuen Justizobersekretäre/-innen aber in Kürze zukommen. Das Land Schleswig-Holstein wird ein eigenes Strafvollzugsgesetz erlassen – dann sind die heute gelernten Paragraphen „Schnee von gestern“ und es heißt neu lernen.

Traditionell wurde der erfolgreiche Abschluss der Ausbildung für die in der GdP organisierten Kollegen auch diesmal wieder durch den Regionalgruppenvorsitzenden Thorsten Schwarzstock mit einem Reise-gutschein über 100 Euro, einzulösen bei PSW-Reisen in Kiel oder Lübeck, prämiert.

Anzeige

Kurze neuwertige Polizeilederjacke für Herren, Größe 23
Wappen SH, reflektierende Buchstaben POLIZEI,
Fa. Häckel & Co., keine Beschädigungen, 99 Euro.
Nida12@t-online.de

AUS DEN REGIONALGRUPPEN

Fortsetzung von Seite 2

saëber in seinen Grußworten auf aktuelle Themen im Bereich des Justizvollzuges ein. „Die geringe Belegung stellt auch eine positive Entwicklung für das Personal dar“, konstatierte der Staatssekretär. Diese Aussage fand in der anschließenden Diskussion nicht unbedingt die Zustimmung der anwesenden GdP-Mitglieder.

Beendet wurde die durch Jörn Löwenstrom (GdP-Regionalgruppe Lübeck-Ostholstein) hervorragend moderierte Versammlung durch **Thorsten Schwarzstock** mit einem Zitat des ehemaligen Stellvertretenden Landesvorsitzenden der GdP Sylvio Arnoldi:

„Die Führungs-, Umgangs- und Betriebskultur entspricht nicht in allen Justizvollzugsanstalten den Grundanforderungen einer Behörde im 21. Jahrhundert“. Auch wenn wir als GdP ein wichtiger Ansprechpartner für die Politik sind und bei Justizministerin, Staatssekretär und Abteilungsleiter Wertschätzung erfahren, hat diese Aussage trotzdem in einigen Dienststellen und bestimmten Referaten des Justizministeriums weiterhin Bestand. Manchmal wird der Eindruck vermittelt, dass deren eigene Inkompetenz verwischt werden soll, indem man durch Negativäußerungen den Fokus auf die Gewerkschaften lenkt. „Vielleicht“, so Schwarzstocks Appell, „kann man in der Hausspitze des Jus-

tizministeriums auch mal ein Zeichen setzen. Der Innenminister als oberster Dienstherr der Landespolizei ist GdP-Mitglied und signalisiert damit auch ‚nach außen‘ seine Solidarität mit Gewerkschaften.“

20 000 Ferienhäuser

www.psw-tours.de



8 Tage Erlebnisreise
vom 06. bis 13. Sept. 2014

Baltikum – 3 Länder, Kulturen und Völker



pro Person im Doppelzimmer
1.099,00 €



Auf dieser Reise erleben Sie die bezaubernde Landschaft des Baltikums und der Kurischen Nehrung sowie die Städte Tallinn, Riga und Kaunas

Reiseverlauf:

- 06.09. Flug mit Lufthansa nach Tallinn
- 07.09. Erleben und erkunden Sie das mittelalterliche Tallinn
- 08.09. Fahrt in das Ostseebad Pärnu und weiter nach Riga
- 10.09. Erkunden Sie die Gassen der Altstadt von Riga
- 11.09. Rundgang durch die Hafenstadt Klaipeda
- 12.09. Mit der Fähre auf die Kurische Nehrung
- 13.09. Über Kaunas nach Vilnius
- 14.09. Besichtigung der Altstadt von Vilnius
anschl. Rückflug nach Deutschland

Preise inklusive Flug ab / bis Hamburg

pro Person im Doppelzimmer **1.099,00 €**
Einzelzimmeraufschlag **230,00 €**

Mindestteilnehmerzahl: 25 Personen

Leistungen

- ▶ Flug von Hamburg über Frankfurt mit Lufthansa nach Tallinn
- ▶ Luftverkehrssteuer, Flughafen- und Flugsicherheitsgebühren sowie aktuelle Kerosinzuschläge
- ▶ Transfers, Ausflüge und Besichtigungen in klimatisierten, bequemen, landestypischen Reisebussen
- ▶ Fährüberfahrt auf die kurische Nehrung
- ▶ 7 Hotelübernachtungen
- ▶ 7 x Frühstück, 7 x Abendessen

Ihr Gebeco Mehr Wert:

- ▶ Deutsch sprechende Gebeco-Reiseleitung
- ▶ Zug zum Flug 2. Klasse
- ▶ Komplettes Besichtigungsprogramm laut Reiseverlauf
- ▶ Stadtrundgang Tallinn, Riga und Vilnius
- ▶ Strandspaziergang Ostseebad Pärnu
- ▶ Halt am Berg der Kreuze
- ▶ Bernsteinmuseum in Palanga
- ▶ Tagesausflug Kurische Nehrung
- ▶ Eintrittsgelder
- ▶ Gebeco Reiseinformationen / Reiseliteratur

PSW-Reisen

Schleswig-Holstein GmbH

Weitere Informationen
und Anmeldungen

PSW-Reisen Kiel

Max-Giese-Straße 22
24116 Kiel
Telefon 0431 / 17093
Telefax 0431 / 17092
psw-reisen.kiel@t-online.de

PSW-Reisen Lübeck

Hans-Böckler-Straße 2
23560 Lübeck
Telefon 0451 / 5021736
Telefax 0451 / 5021758
psw-reisen.luebeck@t-online.de

www.psw-tours.de

Fotos: Gebeco - Veranstalter: Gebeco GmbH & Co. KG - Es gelten die Reisebedingungen und Hinweise der Gebeco GmbH & Co KG, Kiel

8-tägige Städtereise vom 18. bis 25. November 2014



Unterbringung im
Doppelzimmer p. P. ab

€ 829,-



PEKING & SHANGHAI

METROPOLLEN DER GEGENSÄTZE

Geplanter Reiseverlauf:

1. Tag: Linienflug von Frankfurt nach Shanghai.
2. Tag: **Shanghai - Peking:** Ausflug (fakultativ), Besichtigung Sommerpalast inkl. Mittagessen, Hutong-Tour mit Rikschafahrt.
3. Tag: **Peking.** Ausflug (fakultativ), Besichtigung Verbotene Stadt mit Kaiserpalast, Platz des Himmlischen Friedens, Himmelstempel inkl. Mittagessen.
4. Tag: **Peking.** Ausflug (fakultativ) Große Mauer, Fotostopp Olympiapark, Fußmassage und Mittagessen.
5. Tag: **Peking - Shanghai.** Transfer zum Weiterflug nach Shanghai.
6. Tag: **Shanghai.** Ausflug (fakultativ) Besuch der Altstadt mit Teehaus, Zick-Zack-Brücke, Yu-Garten, inkl. Mittagessen.
7. Tag: **Shanghai.** Ausflug (fakultativ), Jade-Buddha-Tempel, Uferpromenade Bund inkl. Mittagessen und Abschiedsessen – Transfer mit dem Transrapid zum Flughafen. Rückflug.
8. Tag: Ankunft in Frankfurt.

Ihre Hotels:

Holiday Inn Chang An West 4 Sterne in Peking
Hotel Grand Mercure Baolong 4 Sterne* in Shanghai

Eingeschlossene Leistungen:

- Linienflug mit China Eastern (Economy Class) von Frankfurt und zurück
- Innerchinesische Flüge mit China Eastern von Shanghai nach Peking und zurück.
- Flughafensteuern, Lande- und Sicherheitsgebühren (Stand 08/2013).
- Transfers inkl. Gepäckbeförderung
- 3 Nächte in Peking und 2 Nächte in Shanghai in den genannten Hotels o.ä. inkl. 5x Frühstücksbuffet.
- Örtliche, deutsch sprechende Reiseleitung.
- Infomaterial und Reiseführer, ÖPNV-Coupon.
- Visabesorgung
- PSW-Reisebegleitung

Reise wie beschrieben	pro Person ab
Unterbringung im Doppelzimmer	829,- Euro
EZ-Zuschlag	120,- Euro
Ausflugspaket (fakultativ)	169,- Euro
Akrobatikshow am 6. Tag	25,- Euro
Rail & Fly 2. Klasse	61,- Euro
Pekingent-Abendessen am 4. Tag	25,- Euro
Visagebühren	ca. 90,- Euro

PSW-Reisen

Schleswig-Holstein GmbH

Weitere Informationen
und Anmeldungen

PSW-Reisen Kiel

Max-Giese-Straße 22
24116 Kiel
Telefon 0431 / 17093
Telefax 0431 / 17092
psw-reisen.kiel@t-online.de

PSW-Reisen Lübeck

Hans-Böckler-Straße 2
23560 Lübeck
Telefon 0451 / 5021736
Telefax 0451 / 5021758
psw-reisen.luebeck@t-online.de

www.psw-tours.de

Veranstalter: DERTOUR GmbH & Co KG, 60424 Frankfurt/M. Irrtum, Zwischenverkauf, Programm- und Routenänderungen bleiben vorbehalten. Mindestteilnehmerzahl: 17 Personen.



Und was sonst noch so war ...

8. April

Für Kiel und Umgebung gibt es ein neues Gutscheinebuch. 108 Gutscheine von unterschiedlichen Restaurants sowie 57 Gutscheine für Freizeitaktivitäten hat das Buch, das das GdP-Sozialwerk nunmehr zum zehnten Mal anbietet, zum Inhalt. GdP-Mitglieder erhalten das Gutscheinebuch zum Preis von 8,95 €.



Ansprechpartnerin ist Dorith Stubenrauch-Schulz, E-Mail: Dorith.Schulz@gdp.de, Telefon: 04 31-1 22 10 15. Die Gültigkeit der Gutscheine ist bis zum 31. Oktober 2015.

9. April

Heute tagt in Neumünster der Landes Seniorenvorstand. Im Vordergrund stehen die Berichte von der Bundesseniorenkonferenz und eine Einschätzung zum neu gewählten Bundesseniorenvorstand. Der bisherige Stellvertretende Vorsitzende Frank Poster stand für eine neue Kandidatur nicht zur Verfügung. Bei meinem Besuch am Vormittag gebe ich einen Überblick zur gewerkschaftlichen Situation, insbesondere steht aber eine Veranstaltung zum Versorgungsausgleich (wir berichteten) im Fokus der Auseinandersetzung.

10. April

Über GdP-Rechtsschutz verlangte eine Kieler Polizeibeamtin Schmerzensgeld. Bei einem Einsatz während ihres Bäderdienstes auf einer Nordseeinsel wurde sie von einer betrunkenen Frau derart attackiert, dass sie Verletzungen, Hämatome und Einstiche an den Oberschenkeln, die die Beschuldigte mit ihren High Heels (Absatzhöhe 11 cm) der Beamtin versetzte, davontrug. Klar, dass die Polizeimeisterin Rechtsschutz erhielt. Solche Verletzungen, die auch mit Bildmaterial unterlegt waren, ziehen ganz einfach eine „Wiedergutmachung“ nach sich. Doch der Erfolg blieb aus. Die GdP-Vertragsanwältin Uta Scheel musste der Beamtin mitteilen, dass die Beschuldigte „nicht deliktstfähig“ ist, sie wurde nach dem PsychKG als schuldunfähig eingestuft. Trauriges Ende eines Einsatzes, den die Beamtin so schnell nicht vergessen wird.

16. April

14.00 Uhr. Andreas Kropius und Dierk Dürbrook treffen sich mit mir, um

eine WSP-Veranstaltung, die wir für den 9. Juli 2014 planen, vorzubereiten. Die Veranstaltung „Maritime Begegnungen“ soll den Wert der Wasserschutzpolizei in einem Küstenland wie Schleswig-Holstein herausarbeiten. Dazu werden unterschiedliche Verbände und Institutionen, Behörden und Ämter angesprochen. Zu diesem Anlass wird eigens eine Broschüre herausgegeben. Wir besprechen die Redaktion und die Frage nach inhaltlichen Beiträgen.

29. April

9.00 Uhr. Heute findet die erste Kassenprüfung nach dem 30. Delegiertentag statt. Die gewählten Kassenprüfer Eggert Werk und Anke Kawald, Regionalgruppe Steinburg-Dithmarschen, stehen zur Stelle. Allerdings hat es zwischenzeitlich eine personelle Veränderung gegeben. Werk ist zum Vorsitzenden der GdP-Regionalgruppe Lauenburg-Stormarn gewählt und somit Mitglied des Landesvorstandes. Die Satzung schließt diese Doppelfunktion aus. Werk muss sein Kassenprüferamt abgeben. Ihm folgt Michael Tietgen, Regionalgruppe Kiel-Plön, nach. Werk, der schon vier Jahre Kassenprüfer war, weist die beiden „Neulinge“ in die Arbeit der Kassenprüfer ein.

30. April

Vereinzelt gelingt es Beamten im aktiven Dienst nicht mehr, alle geleisteten Überstunden vor dem Eintritt in den Ruhestand durch Freizeitausgleich abzubauen. Es stellte sich daher die Frage, ob ein finanzieller Ausgleich von Ruhestandsbeamten geltend gemacht werden kann. Für das Rechtsgebiet Rheinland-Pfalz hat das Obergerverwaltungsgericht (OVG) in Koblenz mit Urteil vom 14. Januar 2013 einen solchen Anspruch verneint/Az. 2 A 10626/12. OVG).

2. Mai

Heftige Auseinandersetzungen zwischen GdP Rheinland-Pfalz und der dortigen Landesregierung. Die rot-grüne Regierung hatte als Ergebnis der Tarifverhandlungen 1% Besoldungswachstum zugestanden. Das brachte die Beamten-Gewerkschaften, zu denen auch die GdP gehört, auf die Barrikaden. Jetzt kommt offensichtlich Bewegung in das Besoldungsdiktat. Wir drücken den dortigen Kollegen die Daumen.

5. Mai

Die Staatskanzlei sorgt sich um den Nachwuchs der Verwaltung. Nicht nur die Polizei ist betroffen, sondern die Verwaltung insgesamt. Bei der Polizei gehen

bis zum Jahre 2021 rund 2300 Beamtinnen und Beamte in den Ruhestand. Das ist mehr als ein Viertel aller Vollzugsbeamtinnen und -beamten. In anderen Verwaltungszweigen sieht es nicht besser aus. Um die Attraktivität des öffentlichen Dienstes zu steigern, hat die Dienstrechtsabteilung einen umfangreichen Katalog zur „Modernisierung des Landesbeamtenrechts“ vorgelegt, der in der Diskussion ist. Während der heutigen GLV-Sitzung stellt Torsten Jäger, Stellvertretender Landesvorsitzender, die Einzelheiten des Referentenentwurfes vor. Das Gremium prüft auf die Praktikabilität, insbesondere auf den Polizeibereich. Eine Abstimmung im DGB steht bevor. Einig ist sich die Runde, dass die vorgesehene „Modernisierung“ nur einen Teil der Attraktivitätssteigerung darstellt. Wichtig ist die Vermeidung von Auseinandersetzungen, wie sie 2013 zur Übertragung des Tarifergebnisses auf den Beamtenbereich stattgefunden haben. Das erzielt wesentlich mehr negatives Image in der Öffentlichkeit als der mit diesem Entwurf gesuchte Erfolg.

19. Mai

Heute ist Frist für eine Stellungnahme eines gemeinsamen Antrages der Landtagsfraktionen von FDP und Piraten. Er trägt die Überschrift „Verdeckte Radarkontrollen abschaffen – Sicherheit geht anders!“. Die Abgeordneten Torge Schmidt und Christopher Vogt wollen dort, wo keine Polizeipräsenz in ausreichendem Maße vorhanden ist, mehrere offene Hinweisschilder und offen über Medien angekündigte Informationen über die Geschwindigkeitsmessstellen. Weiter verlangen sie, dass die Einnahmen aus der Geschwindigkeitsüberwachung auch den Verkehrssicherheitsmaßnahmen zugute kommen und nicht zur kommunalen Haushaltsaufbesserung dienen. Weiter wollen sie die Landesregierung bewegen, eine Bundesratsinitiative zum Verbot sogenannter Radarwarngeräte zu ergreifen. Im Geschäftsführenden Landesvorstand ist Thomas Gründemann für Verkehrssicherheitsarbeit zuständig. In seiner Stellungnahme plädiert er für den Beibehalt der jetzigen Praxis, die angekündigte und unangekündigte Kontrollmaßnahmen vorsieht. Die Initiative der Abgeordneten, Kontrollstellen, die augenscheinlich der Aufbesserung der kommunalen Haushalte dienen, ist zu begrüßen. Ebenfalls der Kampf gegen „Radarwarngeräte“.

